

## Vorausschätzungen zu den Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern

Henri Adler  
Irene Lischka

In den neuen Bundesländern verändern sich grundlegende Bedingungen für den Zugang zum Hochschulstudium. Trotz vieler Unsicherheiten ist eine Vorausschätzung zukünftig möglicher Studienanfänger in diesen Bundesländern deshalb sowohl insgesamt als auch in der regionalen Differenzierung unverzichtbar, können doch bisherige Entwicklungen kaum fortgeschrieben werden. Dafür werden drei Varianten zur Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen mit Differenzierungen nach den einzelnen Ländern und Berlin (Ost) in Ansatz gebracht. Basis der Berechnungen bilden Analysen der demographischen Entwicklung in den Ländern. Für die Vorausschätzung der Studienanfängerzahlen wird ein Bandbreiten-Modell angewandt, in dem Maximal- und Minimalvarianten ermittelt werden. Danach könnte die Studienanfängerzahl bis zum Jahr 2006 etwa auf das Doppelte gegenüber 1990 steigen (Maximalvariante).

## 1 Vorbemerkungen

Gesellschaftliche Umbrüche als Marksteine der Geschichte kennzeichnen in der Mehrzahl auch Wendepunkte in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen. Der Wandel in den neuen Bundesländern, der fast schlagartige Wechsel von sozialistischer Planwirtschaft zu sozialer Marktwirtschaft wird sich im Zusammenhang mit veränderten Strukturen des Bildungswesens und des Arbeitsmarktes auch im Bildungsverhalten der Bevölkerung widerspiegeln.

Dementsprechend sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt Prognosen zum Bildungsverhalten, zur Bildungsbeteiligung auf den unterschiedlichen Bildungsstufen und damit zur quantitativen Entwicklung einzelner Bildungsbereiche von außerordentlichem Interesse. Gleichzeitig sind aber Vorausschätzungen gerade in Umbruchphasen äußerst problematisch, können doch noch nicht abschätzbare Prozesse bestimmte Annahmen erheblich in Frage stellen.

In diesem Sinne sind auch die Vorausschätzungen zu den Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Diese ergeben sich insbesondere aus den erst unscharf zu erkennenden Langzeittrends bezüglich

- Umfang und Struktur des Arbeitsmarktes in den einzelnen Ländern,
- des Angebots und der Nachfrage nach Lehrstellen,
- der Migration bestimmter Bevölkerungsgruppen, differenziert nach Alter und Beruf aus den bzw. in die neuen Bundesländer,
- des materiellen und kulturellen Lebensniveaus und
- den Wertorientierungen heranwachsender Generationen.

Darüber hinaus sind natürlich Aufbau, Netz und Profil des Bildungswesens selbst, insbesondere in der sekundären und tertiären Stufe, von besonderer Relevanz für die Entwicklung des Bildungsverhaltens. Generell ist diesbezüglich eine rasche Angleichung an die Verhältnisse in den alten Bundesländern anzusetzen, einschließlich der dabei bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Unter Beachtung der genannten Unsicherheiten wird im folgenden versucht, mögliche Entwicklungen der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen zu skizzieren. Dabei soll anhand einzelner Beispiele aus dem Raum Berlin/Brandenburg auch die Tragweite differenzierter regionaler Bedingungen verdeutlicht werden.

Weiterführende bzw. vertiefende Einschätzungen zur Entwicklung der Studierendenzahlen, der Studiendauer, der Absolventenzahlen, zum Zeitpunkt des Studienbeginns sowie zum Spektrum der gewählten Studienfächer wären u. E. bisher mit noch wesentlich höheren Unsicherheiten behaftet. Darauf sollte zum gegenwärtigen Zeitpunkt bewußt verzichtet werden.

Den Vorausschätzungen wurden folgende Prämissen und Annahmen zugrunde gelegt:

1. Der durchschnittliche Jahrgang wurde nach der statistisch ausgewiesenen Bevölkerungszahl im Alter von 0 bis unter 25 Jahren ermittelt. Zukünftig sich vollziehende Wanderungsströme zwischen den Bundesländern konnten aufgrund fehlender aktueller Daten und Unsicherheiten hinsichtlich des weiteren Verlaufs noch nicht quantifiziert werden.
2. Bei den Annahmen über die Entwicklung der Studienberechtigtenquoten wurde berücksichtigt, daß ein Teil der Berechtigten die Hochschulreife etwa im bisherigen Umfang über den zweiten Bildungsweg erwirbt. Vorausschätzungen des Anteils der Berechtigten über diesen Bildungsweg sind aufgrund der sich vollziehenden strukturellen Veränderungen der bisherigen Wege sowie des noch nicht abschätzbaren Bildungsverhaltens von Berufstätigen mit größeren Unsicherheiten behaftet.
3. Es wird angenommen, daß der Anteil der Bewerber mit Fachschulabschluß auch zukünftig unbedeutend sein wird. Zwar implizierte der Ingenieur- und vergleichbare Fachschulabschluß eine fachgebundene Hochschulreife, primär bedeutete er aber eine eigenständige berufliche und soziale Stellung für die Absolventen. Diese Qualifikation veranlaßt nur vereinzelt zu einem Hochschulstudium und dann bisher fast ausschließlich im Fernstudium. Die Ingenieurschul-Absolventen können daher nicht als Potential der Studienberechtigten für das Vollzeitstudium an Hochschulen angesehen werden. Auch künftig, nach Umprofilierung der Fachschulausbildung, dürfte nur ein minimaler Anteil der Absolventen für ein

Hochschulstudium zu berücksichtigen sein. Hinweise darauf gibt die Tatsache, daß in den alten Bundesländern nur etwa zwei Prozent der Studienanfänger mit einem Abschluß der Fachschule, Berufsfachschule und Fachakademie das Studium aufnehmen<sup>1</sup>. Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern ein erheblicher Mangel gerade an solchen Absolventen (z. B. Techniker) existiert. In diesem Sinne werden nachfolgend Fachschulabsolventen als Potential für den Hochschulzugang (Studienberechtigte) vernachlässigt.

## **2 Demographische Bedingungen und Entwicklung des Durchschnittsjahrganges der Studienberechtigten**

Quantitative Basis für die Einschätzung des künftigen Hochschulzuganges ist die demographische Entwicklung. Die entscheidende Größe dabei bildet der für den Erwerb der Studienberechtigung durchschnittliche alterstypische Jahrgang<sup>2</sup>. Der typische Altersjahrgang der 18- bis unter 20jährigen nimmt zukünftig einen ausgeprägt dynamischen Verlauf<sup>3</sup>. Die seit Jahren rückläufige Jahrgangsstärke erreicht im Jahre 1992 mit ca. 170 Tsd. Personen ihren Tiefpunkt (vgl. Abb. 1). Danach wird die Zahl der 18- bis unter 20jährigen bis etwa zum Jahr 2000 ansteigen, jedoch mit ca. 228 Tsd. Personen lediglich 110 Prozent der Jahrgangsstärke von 1990 erreichen. Die Zahl der Jugendlichen des Jahrganges sinkt dann allmählich bis 2006 und danach schneller, so daß im Jahre 2008 mit ca. 183 Tsd. Personen die 90er Zahl bereits deutlich unterschritten wird.

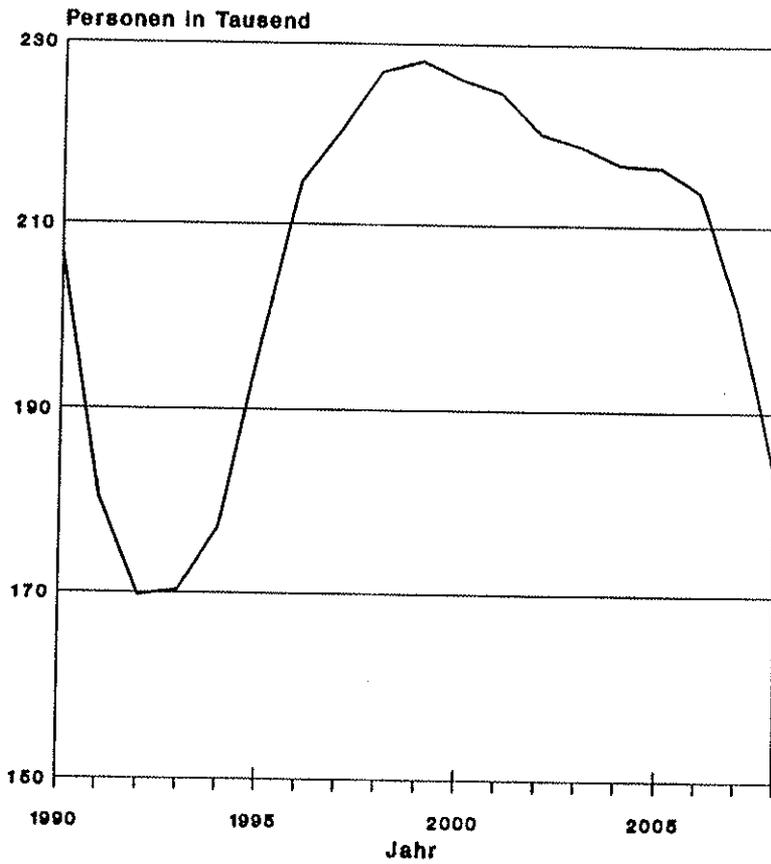
---

<sup>1</sup> Berechnet nach: Studenten an Hochschulen, Sommersemester 1989. In: Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.1, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Dez. 1990, S. 158 - 167.

<sup>2</sup> Hier wurde der bisher typische Jahrgang der 18- bis unter 20jährigen zugrunde gelegt. Sollte sich das 13. Schuljahr durchsetzen - wie inzwischen im Land Brandenburg und in Berlin - und kommt es zur Gründung von Fachoberschulen, wäre künftig der durchschnittliche Jahrgang der 18- bis unter 21jährigen die geeignetere Basis.

<sup>3</sup> Grundlage der Berechnung sind Daten des Statistischen Amtes der DDR über die Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 25 Jahren in den Kreisen (Stichtag 31. 12. 1989).

**Abb.1: Entwicklung der durchschn. Zahl der 18- bis unter 20jaehrigen in den neuen Bundeslaendern und Berlin (Ost) 1)**



1) ohne Migration

Der stärkere Rückgang nach 2006 ist auf eine neue Situation in der Geburtenentwicklung seit 1989 zurückzuführen. Seitdem treten die Frauen der geburten schwachen Jahrgänge (ab Anfang der 70er Jahre) in die geburtenaktive Lebensphase. Demzufolge besteht ein demographisch bedingter Rückgang der Geburten, der sich noch fortsetzt. Darüber hinaus lassen Meldungen über die Geburtenzahlen im Jahre 1990 und Entwicklungstendenzen in den ersten Monaten 1991 erkennen, daß es zu einem zusätzlichen starken Rückgang der Geburten aus sozialen Gründen (Existenzangst, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, veränderte Bedingungen in der Kinderbetreuung) kommt<sup>1</sup>.

Daher muß damit gerechnet werden, daß auch nach 2008 ein deutlicher Rückgang des durchschnittlichen alterstypischen Jahrganges erfolgen wird. Nach 2010 ist jedoch - infolge wahrscheinlich mittelfristig wieder zunehmender Geburtenzahlen - ein Wiederanstieg der Zahl Jugendlicher im Studienberechtigtenalter zu erwarten.

Mit dem demographisch bedingten Rückgang nach 2005 nimmt die Jahrgangsstärke in den neuen Bundesländern einen anderen Verlauf als in den alten Bundesländern. Für Westdeutschland wird in der jüngsten KMK-Prognose<sup>2</sup> mit einem leichten Anstieg des Durchschnittsjahrgangs nach 2003 gerechnet.

Die beschriebene demographische Entwicklung gilt in den Grundzügen für sämtliche neuen Bundesländer und einzelne Regionen. Es werden jedoch Differenzierungen deutlich, indem die Tendenz der Jahrgangsentwicklung unterschiedlich ausgeprägt ist.

Für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin (Ost) sind überdurchschnittliche Entwicklungswerte der Jahrgangsstärke zu erwarten. Unter dem Durchschnitt entwickeln sich dagegen voraussichtlich diese Werte in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Sie werden das Niveau von 1990 im

---

<sup>1</sup> Im Jahre 1990 sank die Geburtenzahl gegenüber dem Vorjahr um ca. 24.000 und erreichte nur noch 175.000 Personen.

<sup>2</sup> Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010, Hrsg.: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Januar 1991 (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 116), S. 13.

Jahrgangshoch (um 2000) nur geringfügig übersteigen und im Jahre 2008 deutlicher unterschreiten (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Relative Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der 18- bis unter 20jährigen in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost), gemessen am Stand von 1990  
- in Prozent -

|                        | 1990       | 1995      | 2000       | 2005       | 2008      |
|------------------------|------------|-----------|------------|------------|-----------|
| <b>Gesamt</b>          | <b>100</b> | <b>82</b> | <b>109</b> | <b>105</b> | <b>88</b> |
| Mecklenburg-Vorpommern | 100        | 88        | 117        | 114        | 95        |
| Brandenburg            | 100        | 84        | 115        | 109        | 92        |
| Berlin (Ost)           | 100        | 86        | 126        | 131        | 112       |
| Sachsen-Anhalt         | 100        | 77        | 102        | 98         | 84        |
| Thüringen              | 100        | 81        | 105        | 99         | 83        |
| Sachsen                | 100        | 83        | 106        | 100        | 85        |

Ähnliche Unterschiede in der Entwicklung des Durchschnittsjahrganges sind auch in Regionen innerhalb eines Bundeslandes zu erwarten, wie am Beispiel des Landes Brandenburg sichtbar wird (vgl. Tab. 2)<sup>1</sup>. Vor allem zwischen der Ost- und der Süd-Region bestehen erhebliche Unterschiede in der zukünftigen Entwicklung der Jahrgangsstärke. Allgemein ist davon auszugehen, daß regional

<sup>1</sup> Die Werte entstammen einer von den Autoren vorgenommenen speziellen regional differenzierten Vorausschätzung der Studienanfängerzahlen für das Land Brandenburg (vgl. Adler, H.; Lischka, I., Hochschulzugang im Raum Berlin/Brandenburg/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Mai 1991). Da im Land Brandenburg inzwischen vorgesehen ist, das 13. Schuljahr in der gymnasialen Oberstufe einzuführen, erfolgte hier die Ermittlung des alters-typischen Jahrganges unter Zugrundelegung der 18- bis unter 21jährigen.

differenzierte Bedingungen hinsichtlich des demographischen Potentials für die Entwicklung des Aufkommens an Studienberechtigten bzw. -anfängern bestehen.

Tabelle 2: Relative Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der 18- bis unter 21jährigen im Land Brandenburg und in ausgewählten Regionen des Landes, gemessen am Stand 1990 - in Prozent -

|                  | 1990 | 1995 | 2000 | 2005 | 2008 |
|------------------|------|------|------|------|------|
| Land Brandenburg | 100  | 91   | 113  | 107  | 93   |
| Nordwest-Region  | 100  | 89   | 110  | 112  | 96   |
| West-Region      | 100  | 91   | 113  | 111  | 97   |
| Ost-Region       | 100  | 100  | 122  | 113  | 97   |
| Südost-Region    | 100  | 87   | 112  | 104  | 89   |
| Süd-Region       | 100  | 87   | 105  | 98   | 84   |

Nordwest-Region: Prignitz; West-Region: Raum Brandenburg - Potsdam; Ost-Region: Raum Fürstenwalde - Frankfurt - Eisenhüttenstadt; Südost-Region: Raum Cottbus; Süd-Region: Raum Herzberg - Senftenberg

In besonderer Weise wird sich die durchschnittliche Jahrgangsstärke in Berlin (Ost) entwickeln (vgl. Tab. 1). Hier wird die Zahl der Jugendlichen des durchschnittlichen Jahrganges infolge jahrelanger Wanderungsgewinne durch Zuzug vor allem junger Familien bis 2005 weiter ansteigen. Sollte die Einwohnerzahl Berlins zukünftig entsprechend den prognostischen Vorstellungen steigen, könnte ein weiteres Anwachsen der Jahrgangsstärke insgesamt und kein Absinken nach 2005 eintreten. Zugleich wäre dann in den neuen Bundesländern durch Abwanderung nach Berlin mit geringeren Jahrgangsstärken zu rechnen.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß der Durchschnittsjahrgang aufgrund zu großer Unsicherheiten ohne Berücksichtigung zukünftiger Migrationsströme zwischen den Bundesländern ermittelt wurde. Sollten jedoch die derzeitigen Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern längerfristig anhalten, werden voraussichtlich die Zahlenwerte des Berechtigtenjahrganges in den neuen Bundesländern zukünftig generell noch niedriger liegen.

### 3 Gegenwärtiges Niveau der Studienberechtigten- und Studienanfängerquoten

Studienberechtigungen wurden in den neuen Bundesländern bislang trotz insgesamt vielfältiger Zugangsmöglichkeiten vor allem an den Erweiterten Oberschulen (EOS) und an betrieblichen Bildungseinrichtungen der Berufsausbildung mit Abitur (BAmA) erworben. Jeweils 63 Prozent und 25 Prozent der Studierenden (Direktstudium) erwarben über diese Wege ihr Abitur. Im zweiten Bildungsweg, über den bis zu 12 Prozent der Studienanfänger kamen, dominierte die Studienvorbereitung in den Vorkursen an Hochschulen und in Abiturlehrgängen an Volkshochschulen. Nur etwa 0,1 Prozent der Studierenden an Hochschulen (Direktstudium) sind dagegen Absolventen der Ingenieur- und Fachschulen. Wie bereits vermerkt, können Absolventen dieser Bildungsstätten als Potential für den Hochschulzugang (Studienberechtigte) vernachlässigt werden.

Im Jahre 1990 erwarben in den neuen Bundesländern ca. 33.000 Personen eine Hochschulzugangsberechtigung, das sind 16,0 Prozent des durchschnittlichen alterstypischen Jahrganges (18- bis unter 20jährige).

Zum gleichen Zeitpunkt (05. 09. 1990) hatten sich fast 36.000 Personen zum Direktstudium beworben, d. h. 16,8 Prozent des dafür durchschnittlichen Jahrganges (18- bis unter 21jährige)<sup>1</sup>. Dieser, gegenüber den Zugangsberechtigten höhere Wert signalisiert einen Stau vorhandener nichtrealisierter Bildungsinteressen und daraus resultierenden Bildungsnachholebedarf (s. Tab. 3). Dieser ist in begrenztem Umfang auch für die nächsten Jahre zu berücksichtigen.

---

<sup>1</sup> Eine Erfassung Ende Oktober 1990 weist ca. 38.000 Bewerber, d. h. 18 Prozent des alterstypischen Jahrgangs, aus.

Die genannten Quoten können nicht als Ausdruck der tatsächlichen Bildungsbedürfnisse gewertet werden. Vielmehr widerspiegeln sie zentral vorgegebene Limitierungen beim Zugang zu den studienberechtigenden Wegen und zur Hochschulbildung. Dafür sprechen auch die nur relativ geringen Unterschiede zwischen den einzelnen neuen Bundesländern (s. Tab. 3). Lediglich für Berlin (Ost) waren höhere Zugangsquoten möglich.

Tabelle 3: Studienberechtigten- und Studienbewerberquote<sup>1)</sup> 1990 in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost), differenziert nach studienvorbereitenden Bildungswegen

| Quote der           | Bildungsweg          | Bundesland  |             |             |             |             |             | Gesamt      |
|---------------------|----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                     |                      | Berl. (Ost) | Meck. Vorp. | Brand. burg | Sach. Anh.  | Thü- ring.  | Sach- sen   |             |
| Studienberechtigten | 1. Bildungsweg dar.: | 16,0        | 13,6        | 13,7        | 14,2        | 13,8        | 14,7        | 14,3        |
|                     | -BOS                 | 10,8        | 8,8         | 8,7         | 9,5         | 8,6         | 9,8         | 9,4         |
|                     | -BAmA                | 4,9         | 4,6         | 4,9         | 4,3         | 5,0         | 4,7         | 4,7         |
|                     | 2. Bildungsweg       | 3,4         | 1,9         | 1,6         | 1,7         | 1,5         | 1,4         | 1,7         |
|                     | <b>Gesamt</b>        | <b>19,4</b> | <b>15,5</b> | <b>15,3</b> | <b>15,9</b> | <b>15,3</b> | <b>16,1</b> | <b>16,0</b> |
| Studienbewerber     | 1. Bildungsweg dar.: | 17,8        | 14,5        | 14,1        | 14,5        | 14,0        | 14,7        | 14,6        |
|                     | -BOS                 | 12,1        | 9,5         | 9,5         | 10,0        | 8,8         | 9,9         | 9,7         |
|                     | -BAmA                | 5,2         | 4,5         | 4,6         | 4,0         | 4,7         | 4,4         | 4,5         |
|                     | 2. Bildungsweg       | 4,3         | 2,3         | 2,1         | 2,1         | 2,0         | 1,9         | 2,2         |
|                     | <b>Gesamt</b>        | <b>22,1</b> | <b>16,8</b> | <b>16,2</b> | <b>16,6</b> | <b>16,0</b> | <b>16,6</b> | <b>16,8</b> |

1) Anteil am durchschnittlichen alterstypischen Jahrgang

Zwischen den einzelnen Kreisen bzw. Regionen (Zusammenfassung benachbarter, ähnlich strukturierter Kreise) zeichnen sich bereits etwas ausgeprägtere Unterschiede ab - Ausdruck differenzierter Bildungsbedürfnisse trotz bestehender Vorgaben.

So differiert die Quote der Studienberechtigten (1990) bei den Kreisen des Landes Brandenburg zwischen 10,0 (Pritzwalk) und 17,9 (Stadt- und Landkreis Cottbus), der Anteil Bewerber am Altersjahrgang zwischen 12,0 (Neuruppin) und 21,5 Prozent (Cottbus).

In fast 44 Prozent der Kreise des Landes Brandenburg wird ein unterdurchschnittlicher Anteil Studienberechtigter am Jahrgang erreicht. Ein Vergleich mit Niedersachsen zeigt (bei etwas unterschiedlicher Methodik), daß die territoriale Differenziertheit der Studienberechtigtenquote im Land Brandenburg dabei aber wesentlich geringer ausgeprägt ist als in Niedersachsen (das die Grundsituation in den alten Bundesländern durchaus repräsentativ widerspiegelt)<sup>1</sup>.

Mit Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe einschließlich Veränderung der Zugangsbedingungen in den neuen Bundesländern ist zu erwarten, daß die Studienberechtigtenquote regional noch weiter differieren wird. Dafür spricht auch, daß sich bereits bei den Studienbewerbungen 1990 die Unterschiede zwischen den Kreisen stärker ausprägten und der Anteil der Kreise mit unterdurchschnittlicher Quote auf etwa 54 Prozent stieg.

Die Kreise mit unterdurchschnittlicher Beteiligung konzentrieren sich räumlich in den überwiegend agrarisch genutzten Gebieten im Norden und Südwesten des Landes Brandenburg bzw. im mittleren Raum des Landes südlich Berlins<sup>2</sup>.

Leicht überdurchschnittliche Studienberechtigten- und Bewerberquoten bestehen dagegen in allen Stadt- und Stadtumlandkreisen - Ausdruck des vorhandenen Stadt-Land-Bildungsgefälles.

Die Studienberechtigtenquote der Landkreise mit ausschließlich Orten unter 20 Tsd. Einwohner beträgt 85 Prozent des Niveaus der Stadt-/Stadtumlandkreise und 79 Prozent des Niveaus von Berlin (Ost). Die Studienbewerberquoten dafür liegen noch niedriger; sie betragen 77 bzw. 64 Prozent der genannten Stadtkreise.

---

<sup>1</sup> Vgl. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover, Information 13, Hannover 1990, S. 34.

<sup>2</sup> Als Beispiel für die regionalen Unterschiede wurde nur der Raum Berlin/Brandenburg betrachtet. Ähnliche Unterschiede bestehen in den anderen, hier nicht betrachteten Ländern.

Die beschriebenen und trotz staatlicher Lenkungen bestehenden regionalen Unterschiede können als Ausgangsbasis für regional differenzierte Prognosen zur Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen angesetzt werden. Solche Prognoserechnungen gab es bisher nicht, Fortschreibungen sind mithin nicht möglich. Inwieweit die für die regional differenzierte Berechnung angesetzte Bildungswilligkeit (u. a. in Abhängigkeit von der Wirtschafts- und Sozialstruktur) realistisch ist, muß durch empirische Erhebungen und weitere Untersuchungen geprüft werden.

#### 4 Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen

Bis 1992 werden Anzahl und Anteil der Studienberechtigten am Altersjahrgang relativ konstant auf dem Wert von 1990 bleiben. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß erst ab 1990 freiwillig sowohl über den Wechsel von der 8. Klasse der POS in eine 9. Klasse der gymnasialen Vorbereitung (Leistungsklasse) (Studienberechtigte 1994) als auch über den Wechsel von der 10. Klasse der POS in eine 11. Klasse an den EOS (Abiturienten 1992) bzw. zur Berufsausbildung mit Abitur (Abiturienten 1993) im Rahmen vorhandener Kapazitäten entschieden werden konnte. Damit wird erst für 1993 mit einem sprunghaften Anstieg des Studienberechtigten-Anteils gerechnet. Danach wird eine nach Entwicklungsvarianten und Ländern leicht differenzierte Entwicklung gesehen. Diese basiert auf folgenden Annahmen:

- In Berlin (Ost) wird der Anteil der Studienberechtigten trotz des höheren Ausgangsniveaus auch künftig schneller steigen als in den anderen neuen Bundesländern.
- Für die Länder Sachsen und Thüringen mit relativ starker Industrialisierung, relativ dichter städtischer Besiedlung, einem engen Hochschulnetz und angrenzenden hochentwickelten alten Bundesländern (Bayern, Hessen) wird ein höherer Anteil an Studienberechtigten als in den übrigen neuen Bundesländern erwartet.
- Für die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind sowohl einzelne industrielle Ballungsgebiete als auch größere ländliche Regionen und ein weniger dichtes Netz von Hochschulen anzusetzen. Damit wird dort

ein durchschnittlich etwas geringeres Interesse am Erwerb von Studienberechtigungen als in Sachsen und Thüringen in Rechnung gestellt.

- Noch stärker ausgeprägt sind die ländlichen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern bei gleichzeitig fünf Hochschulstandorten. Für dieses Bundesland wird auch bei zwar generell steigendem Anteil der Studienberechtigten mit dem insgesamt geringsten Anstiegswert gerechnet.

In Abhängigkeit von der wirtschaftlich-sozialen Situation in den neuen Bundesländern werden dabei folgende grundsätzliche Varianten für denkbar gehalten:

#### **Variante I:**

Allmählicher Anstieg des ab 1993 sprunghaft höheren Anteils der Studienberechtigten.

Diese Variante wäre wahrscheinlich, wenn es in den nächsten Jahren gelingt, in den neuen Bundesländern die Wirtschaft zu aktivieren und Jugendliche relativ frei zwischen den Angeboten unterschiedlicher Bildungsträger und Bildungswege entscheiden könnten.

#### **Variante II:**

Hoher Anstieg des Anteils der Studienberechtigten Mitte der 90er Jahre, evtl. gefolgt von einer leichten Reduzierung bis etwa zum Jahr 2000 und anschließendem erneuten allmählichen Anstieg.

Diese Variante wäre wahrscheinlich, wenn 1991 und in den Folgejahren aufgrund wirtschaftlicher Regression nicht genügend Lehrstellen (duale Ausbildung) geschaffen werden könnten. Als Ausweich, zur Überbrückung und Verbesserung späterer Ausbildungschancen würde dann vermutlich ein Teil der betroffenen Jugendlichen die gymnasiale Oberstufe wählen. Ein solches Bildungsverhalten deutet sich gegenwärtig an. Bei wirtschaftlicher Stabilisierung und in Erfahrung

auch damit möglicherweise nicht realisierter Berufswünsche wäre anschließend ein leichter Rückgang um die Jahrtausendwende nicht auszuschließen.

### Variante III:

Linearer stetiger Anstieg des Anteils der Studienberechtigten auf 36 bis 50 Prozent im Jahre 2010 in Abhängigkeit vom Profil der einzelnen Länder.

Diese Variante lehnt sich an das von der KMK für die alten Bundesländer prognostizierte Bildungsverhalten an, bei dem von einem Anstieg der Studienberechtigten auf durchschnittlich 41 Prozent des Altersjahrgangs ab 2000 ausgegangen wird<sup>1</sup>. Sie setzt eine schnellere Anpassung der Lebensverhältnisse und Lebensorientierungen zwischen alten und neuen Bundesländern als in den anderen Varianten voraus.

Unter Bezugnahme auf diese Varianten und gleichzeitiger Differenzierung nach den einzelnen Ländern könnten folgende Entwicklungen eintreten. In den Jahren 1991 und 1992 erwerben noch jeweils ca. 16 Prozent des alterstypischen Jahrgangs die Studienberechtigung, d. h. maximal 33.000 Personen. Ab 1993 wird sich dieser Anteil in den neuen Bundesländern deutlich erhöhen; es wird mit über 22 Prozent gerechnet. Das entspricht fast 38.000 Studienberechtigten. Aufgrund der zurückgehenden Jahrgangsstärken sind das aber nur 5.000 mehr als 1990. In den folgenden Jahren steigen voraussichtlich sowohl die Stärken der alterstypischen Jahrgänge als auch dabei der Anteil der Studienberechtigten. Bei einem allmählichen Anstieg dieses Anteils (Variante I) wären zur Jahrtausendwende etwa 60.000 Studienberechtigte (26,5 Prozent) aus diesem Teil Deutschlands zu erwarten (vgl. Abb. 2). Prägt sich aber infolge Lehrstellenmangels der Ansturm auf die gymnasiale Oberstufe schon in den nächsten Jahren aus, müßte bereits 1996 mit dieser Anzahl von 60.000 (Variante II) gerechnet werden. Nicht auszuschließen wäre dabei allerdings ein anschließender leichter Rückgang der Studienberechtigtenzahl für den Fall eines inzwischen eingesetzten Wirtschaftsbooms und damit attraktiven Lehrstellenangebots. Mitte des nächsten Jahrzehnts wären aber auch bei dieser Variante reichlich 60.000 Studienberechtigte eine denkbare, relativ stabile Größe. Diese relative Stabilität der Studienbe-

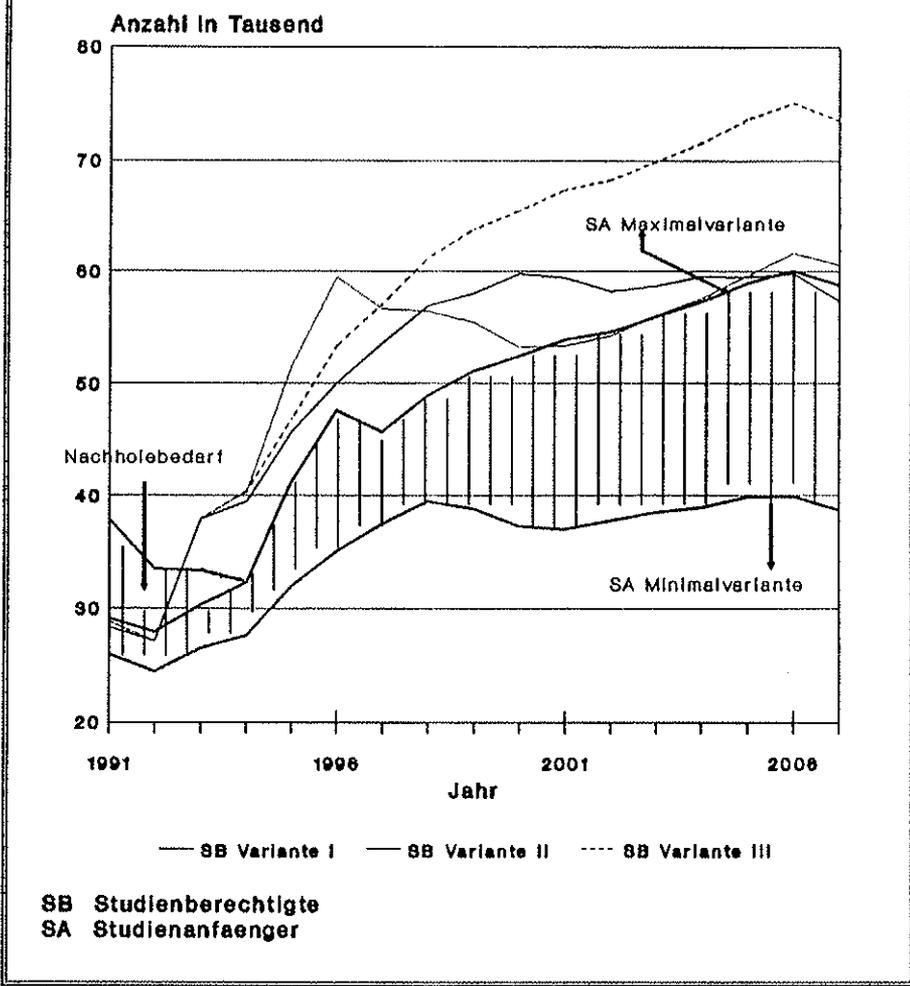
---

<sup>1</sup> Vgl. Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010, Hrsg.: KMK, 1991, S. 25.

rechtigtenzahlen zu Beginn des nächsten Jahrhunderts bei steigenden Studienberechtigtenquoten ist dem demographisch bedingten Rückgang der alterstypischen Jahrgangsstärken geschuldet.

Würde ein weiterer Rückgang der alterstypischen Jahrgangsstärken erfolgen, z. B. durch anhaltende Wanderung aus den neuen in die alten Bundesländer, wäre das Wachstum der Studienberechtigten in den neuen Bundesländern geringer. Allerdings bedeutete dies dann einen weiteren Zuwachs in den alten Bundesländern.

**Abb.2: Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) bis 2007**



Die Anzahl der Studienberechtigten könnte noch schneller steigen, wenn sich die sozialen und die materiellen Lebensverhältnisse bald an die in den alten Bundesländern angleichen würde. Das könnte auch zu einem modifizierten bzw. veränderten Verständnis über die Funktion von Hochschulbildung und Bildung insgesamt führen. Vergleiche zwischen Studienanfängern in den alten und den neuen Bundesländern belegen, daß gegenwärtig diesbezüglich ausgeprägte Unterschiede bestehen. Studienanfänger aus den neuen Bundesländern sehen ihr Studium stärker auf eine anschließende berufliche Tätigkeit gerichtet und weniger auf den Erwerb allgemeiner Bildung als ihre Kommilitonen in den alten Bundesländern<sup>1</sup>. Das erklärt u. a. die insgesamt höhere Studierneigung auch für Fächer mit geringerem gesellschaftlichen Bedarf in den alten Bundesländern. Bei einem raschen Angleichen der Lebensverhältnisse und der Wertorientierungen an die alten Bundesländer wären für das Jahr 2000 bereits 65.000 Studienberechtigte (Variante III) anzunehmen. Setzt sich diese Entwicklung fort, kämen um das Jahr 2006 allein aus den neuen Bundesländern 75.000 Studienberechtigte (35 Prozent des Altersjahrgangs).

Im Jahre 2010 wäre dann mit durchschnittlich 40 Prozent etwa die gleiche Relation wie in den alten Bundesländern erreicht (entsprechend der KMK- Prognose).

Dabei werden auch für diesen fernen Zeitpunkt weiterhin Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und innerhalb dieser wiederum nach Regionen gesehen. Die von einzelnen Bildungsplanern vertretene Hypothese, daß regionale Unterschiede in der Bildungsbeteiligung völlig abgebaut und alle Länder ein gleiches, sehr hohes Niveau der Bildungsbeteiligung (z. B. wie Nordrhein-Westfalen) erreichen werden<sup>2</sup>, teilen wir nicht.

So gehen wir davon aus, daß auch bei Variante III, also mit der raschen Angleichung an die Verhältnisse der alten Bundesländer, absolute und relative Unterschiede zwischen den Ländern bestehen werden (siehe dazu Tab. 4).

---

<sup>1</sup> Vgl.: Lewin, K., Die Studienaufnahme 1990/91 in den alten und neuen Bundesländern - Ein Vergleich, Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, Juni 1991 (HIS Kurzinformation A 5/91), S. 9, Tab. 6.

<sup>2</sup> Vgl.: Klemm, K. u. a., Bildungsgesamtplan '90 - Ein Rahmen für Reformen, Weinheim; München 1990 (Veröffentlichungen der Max- Traeger-Stiftung, B. 12), S. 156.

Tabelle 4: Entwicklung der Studienberechtigtenquoten und Studienberechtigtenzahlen in den neuen Bundesländern nach Variante III

| Land                   | 1990          | 1995          | 2000          | 2005          | 2010            |
|------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-----------------|
| Mecklenburg-Vorpommern |               |               |               |               |                 |
| % <sup>1)</sup>        | 15,5          | 21            | 26            | 31            | 36              |
| Anzahl                 | 3.960         | 5.660         | 7.810         | 9.030         | - <sup>2)</sup> |
| Brandenburg            |               |               |               |               |                 |
| %                      | 15,0          | 23            | 28            | 33            | 38              |
| Anzahl                 | 5.070         | 7.510         | 10.720        | 11.940        | -               |
| Sachsen-Anhalt         |               |               |               |               |                 |
| %                      | 15,9          | 23            | 28            | 33            | 38              |
| Anzahl                 | 6.140         | 7.730         | 11.000        | 12.500        | -               |
| Sachsen                |               |               |               |               |                 |
| %                      | 16,1          | 25            | 30            | 35            | 40              |
| Anzahl                 | 9.670         | 14.200        | 19.050        | 21.000        | -               |
| Thüringen              |               |               |               |               |                 |
| %                      | 15,3          | 25            | 30            | 35            | 40              |
| Anzahl                 | 5.410         | 8.000         | 11.180        | 12.200        | -               |
| Berlin (Ost)           |               |               |               |               |                 |
| %                      | 19,4          | 28            | 35            | 40            | 50              |
| Anzahl                 | 2.730         | 4.090         | 6.190         | 7.340         | -               |
| <b>Gesamt</b>          |               |               |               |               |                 |
| %                      | <b>16,0</b>   | <b>23,8</b>   | <b>29,0</b>   | <b>34,0</b>   | <b>39,6</b>     |
| Anzahl                 | <b>32.980</b> | <b>47.190</b> | <b>65.950</b> | <b>74.010</b> | <b>-</b>        |

- 1) Anteil am durchschnittlichen alterstypischen Jahrgang  
2) Jahrgangsstärke noch nicht einzuschätzen

Für die Schul- und Hochschulpolitik in den neuen Bundesländern dürfte die Differenzierung nach Ländern noch zu grob sein. Regionale Betrachtungen könnten realistischere Grunddaten über das mögliche Schüler- bzw. Studierendenaufkommen liefern, die vor allem für die Strukturierung des Bildungswesens relevant sind. Auch diesbezüglich kann nur bedingt auf bisherige Daten zurückgegriffen werden, da sie nicht das tatsächliche Bildungsbedürfnis reflektieren. Andererseits sind gerade jetzt die künftigen wirtschaftlichen Entwicklungen einzelner Regionen noch kaum auszumachen. Das gebietet vorsichtigen Umgang mit sämtlichen Vorausschätzungen.

Unter Beachtung dessen wären für das Land Brandenburg, das wir exemplarisch näher betrachten, im Ansatz folgende regionalen Kategorien denkbar.

1. Regionen mit bisher deutlichster überdurchschnittlicher Studienberechtigtenquote (16,0 bis 16,3 Prozent), mit Industrie- und nahegelegenen bestehenden bzw. geplanten Hochschulstandorten und daraus vermutlich resultierenden deutlich überproportional hohen Steigerungen der Studienberechtigtenquoten auf 32 Prozent im Jahre 2010 (Variante II) bzw. 40 Prozent nach Variante III. Zu dieser Kategorie könnten die Regionen West, Ost und Südost gehören.
2. Regionen mit bisher etwa durchschnittlicher Studienberechtigtenquote (14,4 bis 15,5 Prozent), mit nur einzelnen Industriestandorten und vorrangiger Landwirtschaft sowie ohne Hochschulstandorte. Durchschnittliche Steigerungen der Studienberechtigtenquoten auf 25 Prozent im Jahre 2010 (Variante II) bzw. 33 Prozent nach Variante III könnten für diese Regionen gelten; dazu zählen Süd, Nordost und Südwest.
3. Regionen mit bisher geringster Studienberechtigtenquote (unter 14 Prozent), mit vorrangig landwirtschaftlicher Produktion und größeren Entfernungen zu den nächsten Hochschulen. Für diese Regionen, Nordwest und Nord, scheinen Entwicklungen auf Studienberechtigtenquoten von 23 Prozent im Jahre 2010 (Variante II) bzw. 28 Prozent nach Variante III realistisch.

Wie bedeutsam eine regional differenzierte Betrachtung (sofern die richtigen Parameter erfaßt werden) gegenüber einem Ansatz mit gleichen Quoten für alle Regionen sein kann, zeigte sich bei Vergleichen der nach beiden Methoden ermittelten Studienberechtigtenzahlen. Auf detaillierte Angaben hierzu muß in diesem Rahmen aber verzichtet werden.

## 5 Entwicklung der Studienanfängerzahlen

Auch für die Vorausschätzung der Studienanfängerzahlen lassen sich bisherige Prozesse und Entwicklungen kaum fortschreiben. Das resultiert insbesondere aus den bisherigen Zugangsmechanismen zum Studium und zu den vorgelagerten studienvorbereitenden Bildungswegen. 1990 bewarben sich z.B. über 90 Prozent der Studienberechtigten des Abiturientenjahrgangs für ein Hochschulstudium. Diese enorm hohe Studierwilligkeit, die auch in den Jahren zuvor bestand, erklärt sich aus den Besonderheiten des Zugangs zu den studienberechtigenden Bildungswegen in der früheren DDR. Dazu zählen u. a. die

- quantitativ starke Begrenzung,
- strenge Auswahl nach Leistungen (neben weiteren Zulassungskriterien),
- enge Relation zur Anzahl der vorhandenen Studienplätze (1, 1 ... 1, 3 Studienberechtigte je Studienplatz),
- gezielte Studienorientierung in den studienberechtigenden Bildungswegen,
- fehlende Lehrstellenbereitstellung für Abiturienten sowie das
- Definieren des Abiturs und der entsprechenden Bildungswege ausschließlich als Studienvorbereitung.

Diese Relationen werden sich künftig in differenzierter Weise ändern. In dem Maße, wie sich der Anteil der Studienberechtigten am Altersjahrgang erhöht, könnte der Anteil jener Jugendlichen, die ein Studium beabsichtigen, deutlich zurückgehen und sich damit dem in den alten Bundesländern nähern. In dem Umfang, wie darüber hinaus auch außerhalb akademischer Berufe attraktive Arbeitsplätze entstehen, könnte die Studierneigung speziell in den neuen Bundesländern sinken. Geschieht das jedoch nicht umfassend, ist dagegen mit höherem Studieninteresse zu rechnen.

Für die Prognose der Studienanfänger halten wir eine gewisse Anlehnung an die Prognoserechnung der Kultusministerkonferenz für die alten Bundesländer für sinnvoll. In dieser wird von einer Studienbeteiligung von 70 Prozent, 75 Prozent und 80 Prozent ausgegangen. Dem liegen sowohl Fortschreibungen als auch aktuelle empirische Untersuchungen zur Studierwilligkeit zugrunde. Auch für die Prognose der Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern ist es angemessen, die Bandbreite möglicher Entwicklungen aufzuzeigen. Dazu wird die

- Studienanfängerquote von 80 Prozent für die jeweilige Höchstzahl angenommener Studienberechtigter des jeweiligen Jahrgangs,

- Studienanfängerquote von 70 Prozent für die jeweilige Mindestzahl angenommener Studienberechtigter des jeweiligen Jahrgangs (jeweils aus dem Vergleich aller drei Varianten der Studienberechtigtenentwicklung ermittelt)

zugrunde gelegt.

Damit ergeben sich eine Maximal- und eine Minimalvariante, die die äußeren Grenzen des möglichen Bandes der Studienanfängerzahlen bilden. Für die Jahre 1991 und 1992 wird jedoch für die Minimalvariante mit 90 Prozent und für die Maximalvariante mit 100 Prozent der Studienberechtigten gerechnet. Das basiert auf der Annahme, daß sich von den bis dahin limitierten Abiturienten ein höherer Anteil für ein Studium bewerben wird als bei nicht limitierten Abiturientenzahlen, mit denen erst in den Folgejahren gerechnet werden kann. Gleichzeitig werden sich in den nächsten Jahren voraussichtlich noch in starkem Maße jene Abiturienten um einen Studienplatz bemühen, die in früheren Jahren nicht zugelassen wurden. Diese Annahme wird gestützt durch die Bewerberzahlen 1990. Von den insgesamt ca. 36.000 Studienbewerbern waren 6.000 sogenannte "Altabiturienten", d. h. Abiturienten früherer Jahrgänge, die aus sehr unterschiedlichen Gründen kein Studium aufnehmen konnten. Dieses vorhandene Potential, der studierwillige "Altabiturientenberg" aus DDR-Zeiten, dürfte damit aber noch nicht abgebaut sein.

Somit könnten auch 1991 bis zu 10.000 Bewerbungen aus früheren Abiturjahrgängen anstehen. Das entspricht bei der Maximalvariante einem Plus von 30 Prozent (bezogen auf den Altersjahrgang). Mit abfallender Tendenz dürften auch 1992 und 1993 noch zusätzlich bis zu 20 Prozent bzw. 10 Prozent ein Studium aufnehmen.

Trotz freier Zugänge zur gymnasialen Oberstufe und an die Hochschulen werden die Studienanfängerzahlen aus den alterstypischen Jahrgängen zunächst leicht rückläufig sein, allein bedingt durch ein demographisches Tief der relevanten Altersjahrgänge. 1992 ist bei 100prozentiger Bewerbung aller Studienberechtigten mit rund 27.000, bei 90prozentiger Bewerbung mit rund 24.500 Studienanfängern zu rechnen. Durch die Bewerbungen aus älteren Jahrgängen könnte es jedoch schon 1991 zu einem Anstieg der Studienanfängerzahlen bis zu 38.000 kommen, eventuell gefolgt von einem Rückgang bis zu 32.000 (siehe Tab. 3).

Nach der Minimalvariante wären erst 1995 höhere Studienanfängerzahlen als bisher zu erwarten (rund 32.000). Dem würde eine allmähliche Steigerung auf rund 40.000 (133 Prozent der Anzahl von 1990) bis zum Jahre 2006 folgen.

Die oberste Grenze der Entwicklung der Studienanfängerzahlen wird durch die Maximalvariante gekennzeichnet. Auch danach kommt es zunächst zu leicht reduzierten Studienanfängerzahlen (1992 rund 27.000) aus den alterstypischen Jahrgängen, allerdings kompensiert durch Bewerbungen von "Altabiturienten". Für die Folgejahre wäre ein starkes Ansteigen der Studienanfängerzahlen anzunehmen. 1995 können bereits rund 41.000 Studienanfänger, ein Jahr später bereits rund 48.000 erwartet werden.

Nach einem folgenden leichten Anstieg hätte sich im Jahre 2006 die Studienanfängerzahl gegenüber 1990 verdoppelt (rund 60.000).

Im Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern lassen sich sowohl ähnliche Trends, aber auch partielle Abweichungen erkennen. Wird die Minimalvariante angesetzt, sind noch in diesem Jahrzehnt die höchsten Steigerungsraten für Berlin (Ost), aber fast in gleichem Umfang für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zu erwarten. Und das, obwohl für die beiden letztgenannten Bundesländer ein geringerer Anteil Studienberechtigter am alterstypischen Jahrgang als z. B. für andere Länder angesetzt wurde. Am geringsten - im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern - wäre die Entwicklung der Studienanfängerzahlen für Sachsen-Anhalt zu erwarten.

Wird die Maximalvariante in Ansatz gebracht, sind ähnliche Unterschiede zu erkennen. Danach wird Berlin (Ost) einen extremen Anstieg der Studienanfängerzahlen aufweisen. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg fallen aber auch dabei durch Zuwachsraten auf über 200 Prozent auf. Allerdings verläuft die relative Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Sachsen und Thüringen dabei fast auf gleichem Niveau, bedingt durch höhere Studienberechtigtenquoten. Sachsen-Anhalt erreicht auch bei dieser Berechnung nur das niedrigste Niveau unter allen neuen Bundesländern, nämlich maximal 180 Prozent der Studienanfänger von 1990.

Die vorgelegte Vorausschätzung zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern weist, unter Annahme bestimmter äußerer Rahmenbedingungen, auf eine Verdopplung der Studienanfängerzahlen innerhalb der kommenden 15 Jahre.

Dabei muß auch an dieser Stelle auf die regionalen Unterschiede, die sich allein schon aus den regional differenzierten Studienberechtigtenquoten und natürlich -zahlen ergeben, hingewiesen werden. Diese sind insbesondere für den Einzugsbereich einzelner Hochschulstandorte, die Wanderungsströme der Studienanfänger und Überlegungen zur Veränderung des Hochschulnetzes bedeutsam. Gleichzeitig begrenzt aber gerade die bisherige Unsicherheit bezüglich möglicher neuer

Hochschulstandorte, insbesondere für Fachhochschulen, auch die gegenwärtig mögliche Aussagegenauigkeit zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den einzelnen Ländern und Regionen. Schließlich ist aus den alten Bundesländern bekannt, daß die Hochschulneugründungen der 60er/70er Jahre auch einen durchaus gewollten Sog auf die angrenzenden Kreise ausübten.

Die Unsicherheiten der gegenwärtig möglichen Abschätzungen sind insgesamt relativ hoch, insbesondere aufgrund der noch nicht klar erkennbaren wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen sowie des nur unscharf zu kalkulierenden Bildungs- und Wanderungsverhaltens der relevanten Altersjahrgänge. Deshalb sind kurzschrittige Präzisierungen und Aktualisierungen der prognostischen Aussagen unverzichtbar.

Mit noch stärkeren Unsicherheiten behaftet wären zum gegenwärtigen Zeitpunkt Prognosen über die Anzahl der Studierenden, die Anzahl der Absolventen, die Studiendauer, die Frequentierung einzelner Fächergruppen und Hochschulstandorte. Deshalb sollte vorerst auf entsprechende Berechnungen verzichtet werden. Mit den beabsichtigten Präzisierungen der Studienanfängerprognose sind auch dazu künftig beginnende Prognoserechnungen vorgesehen. Das setzt jedoch Analysen studentischer Motivationen und Verhaltensweisen unter konkreten Studienbedingungen voraus.

## Literaturverzeichnis

Adler, H.; Lischka, I., Erste Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger aus den neuen Bundesländern bis 2010/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1991 (Projektberichte 2/1991).

Adler, H.; Lischka, I., Hochschulzugang im Raum Berlin/Brandenburg /Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin-Karlshorst, Mai 1991.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH an der Universität Hannover, Hannover 1990, Information 13.

Klemm, K. u.a., Bildungsgesamtplan '90 - Ein Rahmen für Reformen, Weinheim; München 1990, (Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung, B. 12).

Lewin, K., Die Studienaufnahme 1990/91 in den alten und neuen Bundesländern - Ein Vergleich / Hochschul-Information-System GmbH, Hannover, Juni 1991 (HIS Kurzinformation A 5/91).

Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010. Hrsg.: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Januar 1991 (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 116).

Studenten an Hochschulen, Sommersemester 1989. In: Bildung und Kultus, Fachserie 11, Reihe 4.1. Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Dezember 1990.

### Anschrift der Verfasser:

Dr. Henri Adler  
Dr. Irene Lischka  
Projektgruppe Hochschulforschung  
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst